

**Rede der Ministerin der Finanzen Doris Ahnen**

anlässlich der Einbringung des Haushaltsgesetzes 2022 in der  
11. Plenarsitzung des Landtags RLP, TOP 3

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und  
Herren Abgeordnete,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wenn ich heute hier, kurz vor Ende des Jahres, den Haushalt 2022 einbringe und damit Perspektiven für unser politisches Handeln aufzeige, geht das nicht, ohne zunächst den Blick zurückzuwerfen.

2021 war und ist ein schwieriges Jahr. Die Corona-Pandemie verlangt uns allen nach wie vor viel ab: Den von COVID-Infektionen Betroffenen. Den Beschäftigten im Gesundheitswesen, die tagtäglich darum kämpfen, Leben zu retten und Vorsorge zu treffen. Den Betrieben, die ihre wirtschaftliche Existenz und Arbeitsplätze unter zum Teil schwierigsten Rahmenbedingungen sichern müssen. Den Kindern und Jugendlichen mit den Einschränkungen in Kita, Schule und Freizeit. Und den vielen Menschen, die sich um Familie und Freunde sorgen. Sie zu unterstützen, ihnen beizustehen und dafür die richtigen Entscheidungen zu treffen, ist eine zentrale politische

Aufgabe. Deshalb muss auch dieser Haushalt für das Jahr 2022 einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten und er tut es auch. So sind weitere 65 Millionen Euro für die Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen im Einzelplan des Gesundheitsministeriums vorgesehen. Weitere 51,3 Millionen Euro werden den Kommunen zur Verfügung gestellt, damit auch sie während der Pandemie zu jeder Zeit finanziell handlungsfähig sind. Die Mittel des Sondervermögens stehen unterstützend zur Verfügung. Zu jeder Zeit schnell auf aktuelle Herausforderungen reagieren zu können, das war und ist die zentrale Herausforderung in dieser Pandemie.

Wenn wir auf 2021 zurückblicken, dann steht uns allen die schreckliche Flutkatastrophe im Juli vor Augen, die zu nie dagewesenen Zerstörungen geführt, die Menschen in den betroffenen Regionen schwer getroffen und viel Leid gebracht hat. Wir alle wissen, dass uns die Bewältigung der Katastrophe und der Wiederaufbau auf Jahre hinaus fordern werden. Wir alle sind dankbar für die große Solidarität, die die Menschen in den betroffenen Regionen unterstützt. Wir sind dankbar auch für die politische Solidarität des Bundes und aller Länder, um den Wiederaufbau finanziell kraftvoll angehen zu können. Über das Fluthilfe-Sondervermögen werden wir in den nächsten Jahren bis zu 15 Milliarden Euro zur Verfügung stellen können. Den Kommunen sind in den vergangenen Monaten bereits Soforthilfen in Höhe von 120

Mio. Euro zur Verfügung gestellt worden. Darüber hinaus sieht dieser Haushalts-Entwurf unter anderem weitere 40 Millionen Euro zur kommunalen Unterstützung vor, davon allein 10 Millionen Euro für Personalmehrbedarfe.

Zur Bewältigung der Folgen der Flut stocken wir auch das Landespersonal um rund 130 Stellen auf. Personal, das dringend gebraucht wird, in ADD, SGD, LBM und auch den Ministerien, insbesondere der Wiederaufbau-Abteilung im Innenministerium. Ich möchte mich an dieser Stelle neben den Tausenden von Ehrenamtlichen bei den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst bei Land und Kommunen bedanken, die unermüdlich ihren Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Viele sind in dieser Krisenzeit an ihre Belastungsgrenzen gekommen. Das müssen wir ernst nehmen und darauf wertschätzend reagieren.

Nicht zuletzt deshalb bin ich froh, dass Ende November ein Tarifabschluss zustande gekommen ist, den wir unmittelbar auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Dafür werden im Jahr 2022 rund 133 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Auch in anderen Bereichen sehen wir personelle Verstärkung vor:

Rund 400 neue Stellen im Schulbereich sollen einen Beitrag dazu leisten, die Schulen in dieser schwierigen Situation zu unterstützen.

Zur Stärkung unseres Rechtsstaates und der Inneren Sicherheit werden in der Justiz 98 Stellen neu geschaffen. Bei der Polizei kommen im Saldo 107 Stellen hinzu.

Zur Umsetzung der Grundsteuerreform werden 73 zusätzliche Stellen geschaffen.

Und nicht zuletzt die Umweltverwaltung ist besonders gefordert. Sie wird mit 57 Stellen verstärkt.

Der Haushaltsentwurf sieht per Saldo 332 zusätzliche Stellen vor. Dabei sind 647 Stellenabgänge wegen eines Aufgabenwechsels zum Bund berücksichtigt, d.h. im übrigen Landeshaushalt werden in Summe 979 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Personalausgaben betragen rund 7,9 Milliarden Euro und entsprechen damit rund 40 Prozent des Gesamtausgabevolumens.

Die gesamtwirtschaftlichen Aussichten sind zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2022 mit besonders großen Unsicherheiten verbunden. Seit dem Frühjahr 2020 steht die wirtschaftliche Entwicklung – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit – im Zeichen der Corona-Pandemie. Die öffentlichen Haushalte haben seit dem Ausbruch der Pandemie einen bedeutenden Beitrag zur Bewältigung der Krise geleistet. Damit konnten viele Härten bei privaten Haushalten und Unternehmen abgemildert und der konjunkturelle Einbruch in Deutschland insgesamt begrenzt werden. Letztlich ging die Wirt-

schaftsleistung im Jahr 2020 real um 4,6 Prozent, und damit deutlich weniger stark als ursprünglich befürchtet, zurück.

Wir wissen aber auch: Die Pandemie ist noch nicht vorüber, und die Bewältigung ihrer Folgen stellt nach wie vor eine große Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft dar. Der Prozess der wirtschaftlichen Erholung vollzieht sich weniger zügig als von vielen erhofft und wird immer wieder von Rückschlägen getroffen. Der private Konsum gewinnt zwar langsam wieder an Fahrt. Gleichzeitig wird nun aber die Produktion in Deutschland durch Lieferengpässe und steigende Energie- und Rohstoffpreise gebremst. All dies zusammen hat dazu geführt, dass die Bundesregierung ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr im Vergleich zum Frühjahr abgesenkt hat. Sie geht mittlerweile von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,6 Prozent aus – und das heißt auch, dass es länger dauern kann, bis der Einbruch aus dem Vorjahr aufgeholt ist.

Für das Jahr 2022 wird allgemein mit einer dynamischer verlaufenden, weiter vor allem vom privaten Konsum gestützten Erholung gerechnet. Die Bundesregierung prognostizierte für 2022 zuletzt ein Wachstum von 4,1 Prozent. Eine solche Entwicklung setzt aber voraus, dass sich aktuell dämpfende Effekte im Laufe des kommenden Jahres zurückbilden.

In der Gesamtbetrachtung ist die konjunkturelle Lage

also derzeit bei weitem noch nicht stabil und die Risiken für die Erholung sind unverändert beträchtlich. Wir tun deshalb gut daran, in einer solchen Situation auch den Landeshaushalt weiter mit besonderem Augenmaß zu gestalten. Genau dies haben wir mit dem Regierungsentwurf für den Haushalt des Landes für das Jahr 2022 getan. Nicht zuletzt deshalb haben wir uns entschieden, einen Ein-Jahres-Haushalt vorzulegen.

Dies vorangestellt, umfasst unsere Regierungsvorlage für den Haushalt 2022 bereinigte Gesamtausgaben von rund 20,61 Mrd. Euro. Die bereinigten Gesamteinnahmen liegen bei rund 19,71 Mrd. Euro. Die konjunkturell bedingte Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt beläuft sich auf 894,1 Mio. Euro.

Bei allen Unsicherheiten und allem, was uns beschwert, gibt es auch positive Entwicklungen. In der Folge der Steuerschätzung vom November wurden die erwarteten Steuereinnahmen im Vergleich zur Maischätzung nach oben korrigiert.

Bei den Steuereinnahmen des Landes wird im kommenden Jahr ein Anstieg von 841,6 Mio. Euro im Vergleich zu den Ansätzen 2021 berücksichtigt. Bereits die aktuellen Steuereinnahmen sind – jedenfalls in den letzten Monaten – auf einen unerwartet kräftigen Erholungskurs eingeschwenkt. Dies ändert allerdings nichts daran, dass die Steuereinnahmen des Landes auch im kommenden Jahr noch deutlich hin-

ter dem strukturellen, das heißt um konjunkturelle Effekte und Sonderfaktoren bereinigten Niveau zurückbleiben werden.

In Rheinland-Pfalz macht sich vor allem in 2021 eine positive Entwicklung bemerkbar. Wir gehen auf der Basis der letzten Steuerschätzung davon aus, dass das Land im bundesstaatlichen Finanzausgleich voraussichtlich finanzstark wird. Wir alle wissen, dass diese Entwicklung auch Sondereffekten bei einzelnen besonders erfolgreichen Unternehmen zu verdanken ist.

In die Nettokreditaufnahme im Ansatz 2022 fließt insoweit auch ein sogenannter Phasenverschiebungseffekt ein: Im letzten Quartal 2021 ging ein hoher dreistelliger Millionenbetrag beim Land ein, der aber 2022 in der Abrechnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs wieder ausbezahlen ist. Für die damit verbundenen Belastungen wird im Haushalt 2022 durch die Veranschlagung einer pauschalen Steuermindereinnahme Vorsorge getroffen.

Unter dem Strich bleibt trotz kurzfristig einschränkender Effekte die positive Entwicklung am Standort.

Diese Entwicklung ist in jeder Hinsicht zu begrüßen. Die Bewältigung der Corona-Pandemie und der Folgen der Hochwasserkatastrophe treffen den rheinland-pfälzischen Haushalt in einer Situation, in der sich die öffentlichen Haushalte ohnehin großen Herausforderungen gegenübersehen. Es gilt, das Land

auf einen Pfad hin zur Klimaneutralität zu führen und die umfassenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten. Die Landesregierung beabsichtigt deshalb, die bereits vor der Krise gesetzten investiven Anstrengungen fortzuführen und damit einen Beitrag zur Bewältigung wichtiger Zukunftsaufgaben zu leisten.

Mit zielgerichteten Investitionen schaffen wir die Voraussetzungen für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und damit für den Wohlstand von morgen in Rheinland-Pfalz. Zusammen mit den Investitionen der Landesbetriebe werden für das Jahr 2022 investive Mittel von 1,73 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, was gegenüber dem Ansatz des Jahres 2021 eine Steigerung von rund 27,5 Mio. Euro bedeutet. Die Investitionsquote halten wir mit einem Wert von 8,4 Prozent in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode wurden schrittweise höhere Mittel für Investitionen im Landeshaushalt bereitgestellt. Auf die wirtschaftliche Notsituation der Corona-Krise haben wir auch mit einer erheblichen Ausweitung der bereitgestellten investiven Mittel reagiert.

Aber es ist klar: Auch unabhängig von der Pandemie sind die Herausforderungen für das Land nicht kleiner geworden. Wir investieren in wichtige Projekte im Hochbau des Landes, in den Straßenbau, in den Schienenpersonennahverkehr, in die Krankenhäuser sowie in den Klima- und Hochwasserschutz. Es ist

deshalb wichtig, die Investitionen des Landes weiter auf hohem Niveau zu stabilisieren. Dieser finanzpolitische Grundsatz ist ökonomisch gut begründbar und notwendig für die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Vorausschauendes Handeln ist zugleich die Grundlage unserer guten Politik für alle Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz.

Wir wollen gestalten, damit die Unternehmen in Rheinland-Pfalz wirtschaftlich erfolgreich sein können und die Menschen gute Arbeit in einer modernen Arbeitswelt finden.

Wir wollen gestalten, damit die Menschen in diesem Land in einer sozial gerechten Gesellschaft leben können, zu der gutes Wohnen und gebührenfreie Bildung für alle gehören.

Wir wollen gestalten, damit jetzige und künftige Generationen in diesem Land nachhaltig und in einer gesunden Umwelt leben können.

Gerade bei der Einbringung eines neuen Haushalts ist es mir ein besonderes Anliegen zu zeigen, dass hinter dem Zahlenwerk eine gute Politik für Rheinland-Pfalz steht, die an ihren Erfolgen ablesbar ist.

Ich will Ihnen dafür ganz konkrete Beispiele nennen:

Ich nenne Ihnen unsere Politik für Kinder, Jugendliche und Familien. Rheinland-Pfalz ist das Bundesland der Gebührenfreiheit in Kindergärten und Kitas. Rheinland-Pfalz liegt bei der Betreuungsquote der 3- bis unter 6-Jährigen auf Platz 1 bei den westlichen

Ländern. Beim Betreuungsschlüssel der Krippenkin-  
der haben wir den drittbesten Platz bundesweit. In  
keinem anderen Bundesland lernen so viele Grund-  
schülerinnen und Grundschüler bereits eine Fremd-  
sprache. Und schließlich haben wir für die beste Un-  
terrichtsversorgung seit Jahrzehnten gesorgt.

Ich nenne hier unsere Arbeitsmarktpolitik. Rheinland-  
Pfalz ist das Bundesland mit der drittniedrigsten Ar-  
beitslosenquote. In diesem November lag die Ar-  
beitslosenquote bei 4,3 Prozent und damit – trotz der  
widrigen Ausgangslage – um 0,8 Prozentpunkte  
niedriger als im November des vergangenen Jahres.

Ich nenne hier unsere Politik für eine starke und in-  
novative Wirtschaft. Bei der Exportquote liegen wir  
auf Platz 2 unter den Flächenländern. Wir sind ein  
Land des Mittelstands, der chemischen Industrie und  
der Gesundheitswirtschaft sowie anderer wichtiger  
Industriebereiche. Viele hidden champions haben  
hier ihren Sitz.

Ich nenne Ihnen unsere Politik für Umwelt und Kli-  
maschutz. Mit unseren politischen Anstrengungen  
zur Nutzung erneuerbarer Energien liegen wir bereits  
auf den vorderen Plätzen im Ländervergleich. Durch  
den Koalitionsvertrag haben wir nun auf Bundesebe-  
ne zusätzlich Rückenwind für den Ausbau der er-  
neuerbaren Energien bekommen. Damit werden wir  
unser Ziel, die Energieversorgung aus Windkraft zu  
verdoppeln, leichter umsetzen können.

Und ich nenne unsere Politik für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir haben bei den Straftaten den niedrigsten Stand seit 1992 und die höchste Aufklärungsquote seit Einführung der polizeilichen Kriminalstatistik im Jahre 1971 – das ist ein Spitzenplatz im Ländervergleich.

Es ist nicht zu übersehen: Rheinland-Pfalz ist auf einem erfolgreichen Weg, einem langfristig angelegten Weg.

Lassen Sie mich hier bewusst den Blick auf Kaiserslautern richten – eine Stadt, die in besonderer Weise vom Strukturwandel geprägt war. Heute ist sie bekannt als international sichtbarer Wissenschaftsstandort, vor allem im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Kaiserslautern verfügt nicht nur über eine Technische Universität und eine Hochschule, sondern wird zugleich durch wissenschaftliche Forschungseinrichtungen auf höchstem Niveau ergänzt. Das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, das Max-Planck-Institut für Softwaresysteme, zwei Fraunhofer-Institute sowie das Leibniz-Institut für Verbundwerkstoffe (IVW) sorgen für Wissenschaftserkenntnisse „Made in Rheinland-Pfalz“.

Aktuelle Beispiele für die Wissenschaftsstärke sind auch die beiden Forschungsbauten der TU Kaiserslautern im Bereich Ultrapräzisions- und Mikrotechnik mit einer Fördersumme von rund 50 Mio. Euro sowie zur anwendungsorientierten Erforschung des Dreh-

impulses von atomaren Teilchen mit einer Förderungssumme von über 39 Mio. Euro, die hälftig von Bund und Land getragen werden.

Die Forschungsstärke am Standort ist in den vergangenen 30 Jahren massiv angewachsen und wird kontinuierlich durch kluge und innovative Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch durch unterstützende Politik fortgeschrieben. Dazu haben wir allein in den letzten 5 Jahren für Forschungsprojekte und Maßnahmen im Rahmen der Forschungsinitiative in Kaiserslautern rund 38 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt und diesen Weg so mitbereitet.

Von dieser Forschungsstärke profitiert Rheinland-Pfalz auch als Industriestandort. Die Industrie in unserem Land steht vor einer Transformation, welche ihren Ausgangspunkt im Erreichen der Pariser Klimaziele und dem sogenannten „Green Deal“ hat. Hinzu kommen die Themen der Digitalisierung, die etablierte Wertschöpfungsketten innerhalb von kurzer Zeit sehr nachhaltig verändern werden beziehungsweise diese Veränderung bereits eingeleitet haben.

Rheinland-Pfalz will und wird zu den Gewinnern dieses Transformationsprozesses gehören. Hierbei kommen batterieelektrischen Speichersystemen sowie dem Einsatz von Wasserstoff eine erhebliche industriepolitische Bedeutung zu. Daher beteiligen wir

uns als Landesregierung gemeinsam mit dem Bund auch an den Projekten im Zuge der „Important Projects of Common European Interest“ – kurz IPCEI – der Europäischen Union.

Im Fokus steht hier zum einen der Aufbau einer Batteriezellfertigung durch ein deutsch-französisches Konsortium unter Beteiligung der Opel Automobile GmbH am Standort Kaiserslautern. Der Zuwendungsbescheid des Bundeswirtschaftsministeriums beläuft sich auf rund 437 Mio. Euro, einschließlich der Landesbeteiligung von rund 51 Mio. Euro. Im Haushalt 2022 werden dafür 3 Mio. Euro als Teilbeitrag für die Kofinanzierung bereitgestellt.

Zum anderen erwarten wir uns von den momentan noch in der Vorphase befindlichen Projekten im Bereich der Wasserstofferzeugung und Wasserstoffverwendung an den Standorten der BASF SE in Ludwigshafen sowie der Daimler Truck AG in Würth erhebliche industriepolitische Impulse für unser Bundesland.

Eine besonders dynamische Entwicklung erleben wir im Bereich der Biotechnologie.

Im vergangenen Jahr hat die Biotechnologie in Rheinland-Pfalz und insbesondere in Mainz mit der Entwicklung eines mRNA-Corona-Impfstoffs in Rekordzeit durch die Firma BioNTech eine besondere Aufmerksamkeit und einen besonderen Schub erfahren.

Wir wollen an diesen Erfolg anknüpfen und Rheinland-Pfalz in dieser Legislaturperiode und darüber hinaus in diesem Jahrzehnt zu einem führenden Standort in der Biotechnologie mit einem Schwerpunkt in den Lebenswissenschaften entwickeln.

Die Biotechnologie ist eine Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts, die uns dabei helfen wird, die Herausforderungen der Medizin, aber auch des Klimawandels erfolgreich zu meistern.

Gerade in der Biotechnologie hat eine langfristige Förderung, die sich in den letzten 10 Jahren auf über 200 Mio. Euro für Forschungsförderung, für forschungsbezogene Infrastruktur- und Baumaßnahmen sowie für die Ansiedlung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den Lebenswissenschaften bzw. der gesundheitsbezogenen Forschung belief, zum bisherigen Erfolg beigetragen.

Die starke Förderung der vergangenen Jahre will die Landeregierung fortsetzen und in den kommenden 10 Jahren weiterhin mindestens 100 Mio. Euro investieren. Diese Mittel sollen durch Bundes- und private Mittel deutlich verstärkt werden.

Ein wichtiger Erfolg für Rheinland-Pfalz ist die Verankerung eines Helmholtz-Zentrums für Altersforschung im Koalitionsvertrag auf Bundesebene, das mit zusätzlichen Mitteln errichtet werden soll und auf den vorhandenen Kompetenzen aufbaut.

Im kommenden Haushalt sind 14 Mio. Euro für För-

derungen im Schwerpunkt Lebenswissenschaften einschließlich spezifischer Projektförderungen vorgesehen.

Neben der weiteren Stärkung von Forschung und Entwicklung in der Biotechnologie müssen wir dafür Sorge tragen, die Bedingungen für Ausgründungen in diesem Bereich zu verbessern und die Standortbedingungen für die Ansiedlung weiterer Biotechnologieunternehmen so attraktiv wie irgend möglich zu gestalten.

Mit dem Landeshaushalt 2022 werden die finanziellen Grundlagen geschaffen, um das Technologiezentrum Mainz zu einem neuen Innovations- und Gründungszentrum mit dem Schwerpunkt Biotechnologie/LifeScience auszurichten. Das TZM soll ein Leuchtturm für die Biotechnologie Rheinland-Pfalz werden.

Ich bin sicher, diese Investition in die Zukunft wird sich für die Menschen, die Unternehmen und unser Land rechnen und ist gut investiertes Geld.

Auch am Hochbau wird der Stellenwert unserer Hochschulen sichtbar. Der Ausbau und die Modernisierung der Hochschulen als Stätten für Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sind entscheidende Basis für eine gute Zukunft des Landes und unsere Gesellschaft.

So bildet der Hochschulbau weiterhin den Schwerpunkt der Baumaßnahmen im Wirtschaftsplan des

LBB. Im Haushalt 2022 sind hierfür Bauausgaben von 108,6 Mio. Euro vorgesehen. Mit diesen Zukunftsinvestitionen liegen wir deutlich über dem bisherigen Jahresdurchschnitt.

Insgesamt sollen für Hochbaumaßnahmen des Landes in 2022 Investitionsausgaben von 188,4 Mio. Euro veranschlagt werden.

Die Bewältigung der Folgen des Klimawandels ist eine unserer größten Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Eines der Schlüsselthemen im Haushalt für das Jahr 2022 sowie in den folgenden Jahren und Jahrzehnten wird daher das Erreichen der Klimaneutralität für Rheinland-Pfalz sein. Es bedarf enormer Anstrengungen, um in Rheinland-Pfalz eine ausgeglichene Bilanz aus Treibhausgasemissionen und Treibhausgasenken zu erreichen. Zentrale Grundlage für den Weg zur Klimaneutralität ist die Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens und der Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Ziel. Der Landeshaushalt leistet dazu einen erheblichen Beitrag mit Förderungen von Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität, für den klimaresilienten Umbau unserer Wälder, für den Schutz unserer Gewässer und Moore, den Ausbau der Windkraft, dem Kommunalen Klimapakt und einer nachhaltigen Mobilität. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Mittel für den Klimaschutz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien um 13 Mio. Euro auf insgesamt 42,3 Mio. Euro erhöht werden.

Um das Ausbauziel 100 Prozent Erneuerbare Energien bis 2030 zu erreichen, wird die Zentralisierung der Genehmigungsverfahren der Windkraftanlagen im Haushalt 2022 umgesetzt und bei den Struktur- und Genehmigungsdirektionen etabliert.

Im Rahmen des kommunalen Klimapaktes sollen die strukturellen Voraussetzungen in den Kommunen durch Fortschreibung bzw. Aktualisierung der Klimaschutzkonzepte und der Entwicklung von Klimaschutzaktionsplänen geschaffen und ausgeweitet werden. Es ist vorgesehen, eine Klima-Förderberatung zu etablieren und die Kompetenzen und Kapazitäten sowie die Unterstützung strategischer Ansätze zur Etablierung und Festigung eines strukturierten Klimaschutzmanagements auf kommunaler Ebene aufzubauen. Die Mittel für den kommunalen Klimapakt wurden im Vergleich zum Haushalt 2021 um 2,2 Mio. Euro erhöht.

Das Land hat beim Klimaschutz eine Vorbildfunktion. Die seit Juni 2021 geltende Gebäude-Klimaneutralitäts-Richtlinie fordert daher, dass für jede Neubau- und Sanierungsmaßnahme des Landes die Klimaneutralität untersucht und bestmöglich umgesetzt werden soll. Selbstverständlich wird die Wirtschaftlichkeit dabei über den Lebenszyklus bewertet. Im Gebäudebestand unterstützen in erster Linie Energiesparmaßnahmen und der verstärkte Ausbau der Photovoltaik die schrittweise Dekarboni-

sierung. Zur Umsetzung der Maßnahmen sehen wir insgesamt 23 zusätzliche Stellen vor.

Besondere Bedeutung hat auch der Landesforst, denn Rheinland-Pfalz gehört zu den walddreichsten Bundesländern in Deutschland. Die schwierige wirtschaftliche Lage der Forstwirtschaft einschließlich der kommunalen und privaten Forstbetriebe erfordert gezielte Unterstützung.

Große Flächen müssen wiederbewaldet, Reinbestände müssen zu klimaresilienten Mischwäldern umgebaut werden. Insgesamt müssen diese Maßnahmen in den kommenden Jahren auf rund 6.500 ha Staatswaldfläche durchgeführt werden.

Die Zuführung an den Landesbetrieb Landesforsten wurde daher gegenüber dem Vorjahr um 7,7 Mio. Euro auf nunmehr knapp 106 Mio. Euro erhöht.

Neben dem Klimaschutz ist die Gestaltung der Digitalisierung eine weitere Kernaufgabe der Landesregierung. Die Digitalisierung verändert die Welt, in der wir leben, in atemberaubenden Tempo. Über alle Einzelpläne verteilt sind im Haushalt 2022 daher über 400 Mio. Euro für Maßnahmen der Digitalisierung vorgesehen.

Die gesellschaftliche Dynamik und die technologischen Möglichkeiten der digitalen Transformation werden wir nutzen, um unsere öffentliche Verwaltung umfassend zu modernisieren und bürgerfreundlich

auszurichten. Zu unseren Vorhaben gehören beispielsweise die Zentralisierung der IT-Steuerung und der Ausbau des Landesbetriebs Daten und Information in einem Landesbetrieb Digitales, die Einführung der E-Akte auch im nachgeordneten Bereich der Landesverwaltung und nicht zuletzt die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen. Allein für die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes werden im Haushalt 2022 über 35 Mio. Euro veranschlagt.

Die Digitalisierung trifft in besonderem Maße unsere Arbeitswelt, die sich ebenfalls in einer umfassenden Transformation befindet. Das Ziel der Landesregierung ist es, dass alle Menschen an dem Transformationsprozess partizipieren können. Dabei dürfen wir diejenigen nicht vergessen, die es bereits vor der Corona-Pandemie schwer hatten, eine Beschäftigung zu finden. Eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik des Landes ist deshalb auch in Zukunft wichtig und richtig.

Dabei verfolgen wir bewährte arbeitsmarktpolitische Strategien, die die Beschäftigungsfähigkeit von am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen erhöhen, die die Erwerbstätigen und die Unternehmen an die Transformation der Arbeitswelt und die verstärkten Qualifizierungsbedarfe heranzuführen und sie unterstützen.

Wir ergänzen unsere bewährten arbeitsmarktpolitischen Strategien um die Transformationsagentur.

Sie wird für Beschäftigte und Unternehmen den oftmals abstrakten Transformationsprozess sichtbar und begreifbar machen. Dort, wo Lücken erkennbar werden, werden wir neue Angebote initiieren.

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen werden die Arbeitsmarktmittel um 1,1 Mio. EUR auf 10,3 Mio. EUR erhöht.

Ein moderner Wirtschaftsstandort braucht natürlich auch eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Im Haushalt 2022 wollen wir daher die Investitionsmittel für den Landesbetrieb Mobilität um rund 10 Mio. Euro auf rund 135 Mio. Euro erhöhen. Zudem werden dem Landesbetrieb Mobilität 38 zusätzliche Stellen vorwiegend im technischen Bereich zur Verfügung gestellt werden. Hierbei soll mit 23 Stellen möglichst jede Dienststelle durch ein Radwege-Team verstärkt werden. Diese sollen sich dem Ausbau der Radwege und der Radverkehrsanlagen widmen. Das zeigt auch: Die Förderung des Radverkehrs entwickelt sich zu einem neuen Förder- und Aufgabenschwerpunkt. In diesem Zusammenhang möchte ich hier auch auf das Sonderprogramm „Stadt und Land“ des Bundes (mit 11,3 Mio. Euro) hinweisen, so dass mit weiteren Mitteln im Verkehrsbereich zusätzlich rund 14,5 Mio. Euro zur Verbesserung des Radverkehrsystems zur Verfügung stehen.

Dem öffentlichen Personennahverkehr kommt im Rahmen des Ziels der Klimaneutralität eine Schlüs-

selffunktion zu. Mobilität muss neu gedacht und Angebote des Nahverkehrs müssen gestärkt werden. Dafür sieht der kommende Haushalt insgesamt 534,5 Mio. Euro an Ausgaben vor. Damit setzen wir den eingeschlagenen Weg im Sinne einer sozial und ökologisch gerechten Mobilitätskultur weiter fort.

Wir können die großen Herausforderungen unserer Zeit nur dann bewältigen, wenn wir unsere Kinder und Jugendlichen optimal unterstützen – davon ist die Landesregierung fest überzeugt. Eine Konstante unserer Politik für Rheinland-Pfalz ist deshalb der hohe Bildungsetat, für den wir im Jahr 2022 mehr als 5,64 Mrd. Euro – also rund ein Viertel des gesamten Landeshaushaltes – vorsehen. Das ist Geld für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, Geld für Gerechtigkeit und Chancengleichheit, Vielfalt und individuelle Förderung, Leistungsfähigkeit und gute Rahmenbedingungen für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen.

Das Kita-Zukunftsgesetz, das Mitte des Jahres vollständig in Kraft getreten ist, sorgt für mehr Qualität, mehr Transparenz und mehr Gerechtigkeit bei der frühkindlichen Bildung. Für die Eltern bringt das neue Kitagesetz den Anspruch auf sieben Stunden durchgehende Betreuung und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir unterstützen die Kommunen im Land dabei, Kitaplätze weiter auszubauen und gleichzeitig die Qualität der Betreuung zu steigern. Für den Schwer-

punkt der frühkindlichen Bildung setzen wir 2022 daher rund 900 Mio. Euro an, was für den weiteren Platzausbau eine Investitionsförderung von 12 Mio. Euro als Baransatz und weitere 12 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen einschließt. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen, für die wir rund 20 Mio. Euro vorsehen.

Zum Wohle der Schülerinnen und Schüler geht es auch im kommenden Jahr zentral darum, den Folgen der Pandemie entgegenzuwirken. Dafür setzen wir Landes- und Bundesmittel konzentriert ein: Wir erhöhen die Mittel für die Schulsozialarbeit auf 15 Mio. Euro, für die Ganztagschulen auf 109 Mio. Euro, für die Sprachförderung auf 61,4 Mio. Euro und für die Förderung in den Ferien in der Ferienbetreuung oder etwa in der Ferienschule auf 4,6 Mio. Euro.

Außerdem erhöhen wir die Mittel für die Berufs- und Studienorientierung sowie die MINT-Förderung auf 7 Mio. Euro und gehen mit Programmen wie „Keiner ohne Abschluss“ und „S hoch 4“ unsere erfolgreichen Wege zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler weiter.

In den Bereichen, die jetzt für das Aufholen nach Corona besonders wichtig sind, betragen die Mittelsteigerungen damit teilweise 50 Prozent und mehr.

Für die Unterrichtsversorgung stellen wir fast 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit ermöglichen wir wei-

terhin, dass wir in Rheinland-Pfalz die mit Abstand kleinsten Grundschulklassen aller Bundesländer haben und wir schaffen rund 400 neue Stellen für unsere Schulen.

Und wir denken Schule weiter. Mit den Schulen wollen und werden wir neue Ideen entwickeln und diese in die Zukunft fortschreiben. Unser Ziel ist, dass sich am Ende des jetzt beginnenden Prozesses jede Schule in ihrem eigenen Tempo und vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen vor Ort aufmacht, Schule der Zukunft zu werden. Dafür stehen im Haushalt 2022 mehr als 7 Mio. Euro zur Verfügung.

Wir wollen Kindern ein gesundes und möglichst unbelastetes Aufwachsen ermöglichen. 2020 wurde das Landeskinderschutzgesetz novelliert, um ganz gezielt den Gruppen von Kindern helfen zu können, die unter besonders belasteten Bedingungen aufwachsen: Kindern von psychisch- oder suchterkrankten Eltern. Um Maßnahmen in den Kommunen umsetzen zu können, investiert das Land zusätzliche 750.000 Euro pro Jahr und geht einen weiteren wichtigen Schritt mit dem Ziel, ein umfassendes und präventives Hilfesystem für alle Kinder zu schaffen.

Das Land fördert die Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes insgesamt mit jährlich rund 3,3 Mio. Euro.

Auch die Infrastruktur für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, werden wir stärken. Die Frauennotrufe,

Interventionsstellen und Frauenhäuser machen hier eine sehr gute und wichtige Arbeit. Sie begleiten betroffene Frauen auf ihrem Weg hin zu einem eigenständigen Leben, das nicht mehr von Gewalt geprägt ist, und geben ihnen die notwendige Stabilität zurück. Dafür sind im kommenden Haushaltsjahr rund 5,7 Mio. Euro vorgesehen.

Aus dem zentralen Bereich der Gesundheitspolitik will ich neben dem zur Bekämpfung der Pandemie Gesagten zwei Bereiche herausgreifen.

Eine zukunftsorientierte Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen ist Voraussetzung für eine gute medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Der Haushalt 2022 sieht insgesamt 4,9 Mio. Euro und 69 Stellen für die Neuordnung der akademischen Ausbildung in den Gesundheitsberufen Pflege, Hebammen und Psychotherapie vor.

Die nächsten Schritte bei der akademischen Ausbildung von Hebammen und die Neuordnung der Psychotherapeutenausbildung sichert der Haushalt 2022 mit einem Aufwuchs von 1,4 Mio. Euro und 35 neuen Stellen ab.

Auch in eine leistungsfähige Krankenhaus-Infrastruktur werden wir weiterhin investieren. Die originäre Krankenhausfinanzierung steigt mit dem Haushalt 2022 von 129,8 auf 137,8 Mio. Euro. Dabei setzen wir 8 Mio. Euro, die durch das Absinken des Krankenhausstrukturfonds als Landeskofinanzierung

frei werden, um.

Zusätzlich zur originären Krankenhausfinanzierung des Landes und zum Krankenhaus-Strukturfonds, der im kommenden Jahr ein Volumen von 34 Mio. Euro aus Landes- und Bundesmitteln haben wird, ist auch noch das Krankenhauszukunftsprogramm zu nennen: Es wird über das Corona-Sondervermögen abgewickelt und lässt von 2021 bis 2023 weitere 215 Mio. Euro von Bund und Land in die Modernisierung der Krankenhausinfrastruktur fließen.

Ich komme nun zur Inneren Sicherheit. Sie ist auch im Jahr 2022 ein Haushaltsschwerpunkt. Wir investieren in mehr Personal und eine moderne technische Ausstattung. Beide Aspekte sind im Haushalt abgebildet.

Die Zahl der Polizistinnen und Polizisten ist – entsprechend der Ziele der Landesregierung – im Laufe der vergangenen Legislaturperiode auf aktuell 9.160 Vollzeitäquivalente angestiegen. Das entspricht rund 9.600 ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten. Diesen Weg werden wir fortsetzen und die Einstellungszahlen auch in der laufenden Legislaturperiode auf hohem Niveau fortführen. Die Personalstärke der ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten wird dann 2024 bei rund 10.000 Köpfen liegen.

Jenseits des Personals erhöhen wir das Ausgabevolumen im Polizeibereich im Haushalt 2022 von 133 Millionen Euro auf 141 Millionen Euro, das ist ein

Zuwachs von 6 Prozent. Konkret wollen wir beispielsweise in den Austausch von zwei Polizeihubschraubern investieren und stellen hierfür Haushaltsmittel zur Verfügung.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf den Brand- und Katastrophenschutz und den Rettungsdienst eingehen. Das Land stellt mit diesem Haushalt insgesamt rund 54,5 Mio. Euro für das Jahr 2022 zur Verfügung.

Die Steigerung um 8,1 Mio. Euro gegenüber dem Haushaltsjahr 2021 dokumentiert, dass die Sicherstellung der Gefahrenabwehr im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes auch in dem neuen Haushalt einen hohen Stellenwert hat.

Zur Optimierung der Bevölkerungswarnung verdoppelt das Land das Sirenenprogramm des Bundes und stockt dies im Haushaltsjahr 2022 um insgesamt 4 Mio. Euro auf.

Mit dem Haushaltsentwurf setzt die Landesregierung außerdem einen klaren Fokus auf einen wahrnehmbaren starken und effektiven Rechtsstaat. Daher sorgen wir für eine personelle Verstärkung von insgesamt 98 Planstellen und Stellen im Geschäftsbereich der Justiz, davon allein 81,5 Stellen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Sicher und gesund leben sind existentielle Bedürfnisse der Menschen. Aber es ist mehr, was uns zusammenhält. Es ist das soziale Miteinander, das

große ehrenamtliche Engagement, das Zusammenkommen im Sport, in Vereinen und Initiativen. Auf manches haben wir in den letzten Monaten schmerzlich verzichten müssen, gerade auch im Bereich der Kultur.

Im Landeshaushalt 2022 veranschlagen wir für die Kultur rund 102 Mio. Euro und 35,8 Mio. Euro für das kulturelle Erbe. Damit wollen wir die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur in allen Teilen des Landes, in den Städten und den ländlichen Regionen, weiter verbessern und damit die Grundlage schaffen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger unseres Landes die Möglichkeit der kulturellen Teilhabe und der kulturellen Bildung hat. Für den Ausbau des Förderprogramms "Zukunft durch Kultur" zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Kultur im ländlichen Raum wollen wir die Mittel auf 300.000 Euro aufstocken.

Mit einem Strukturförderprogramm der freien Szene und der Soziokultur wollen wir diese Einrichtungen stärken und zukunftsfest machen. Den zugehörigen Haushaltstitel, aus dem auch Maßnahmen der kulturellen Bildung und kulturellen Teilhabe gefördert werden, erhöhen wir um über 500.000 Euro.

Darüber hinaus werden wir selbstverständlich unsere großen Kultureinrichtungen weiterhin im Fokus behalten. Für unsere Theater, Orchester und Museen sind wir ein verlässlicher Partner und werden das auch weiterhin bleiben. Im Jahr 2022 wird mit der

Landesausstellung zum Thema „Untergang des römischen Reiches“ ein kulturelles Ausrufezeichen gesetzt. Das Land unterstützt die Ausstellung und ihre Begleitprojekte mit insgesamt rund 4 Mio. Euro.

Kultur und kulturelle Angebote spielen auch für die Entwicklung unserer Innenstädte eine große Rolle. Wir wollen unsere Innenstädte wieder verstärkt zu Orten der Begegnung, des Handels, des Genusses, der Information und Inspiration machen. Mit neuen Ideen und Angeboten von Kunst und Kultur möchten wir attraktive Anreize setzen, in die Städte zu kommen, Kultur, Handwerk, Genuss und Handel zusammen zu bringen und zusammen erlebbar zu machen. Zur Umsetzung des Regierungsschwerpunkts „Innenstädte der Zukunft“ stocken wir die Mittel zur Belebung der Innenstädte von 250.000 Euro im Jahr 2021 auf 1,2 Mio. Euro im Jahr 2022 auf und sehen eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 Mio. Euro vor.

Hinzu kommt aus dem Bereich der Städtebauförderung das Modellvorhaben Innenstadt-Impulse, das wir in diesem Jahr für die Oberzentren ins Leben gerufen haben. Für das Jahr 2022 ist ein landesweites Ausrollen des Innenstadt-Impuls-Programms auf die Mittelzentren vorgesehen. Geplant ist ein Bewilligungsvolumen von rund 5 Mio. Euro.

Wir wollen die Einzigartigkeiten aus den Bereichen Handwerk, Kultur, regionale Spezialität und Tradition zusammen mit modernen Technologien, smarten

Ideen und nachhaltigen Innovationen verbinden und gemeinsam mit allen Beteiligten unsere Innenstädte noch attraktiver gestalten.

Davon wird auch der Tourismus in Rheinland-Pfalz profitieren, der mit einem Umsatz von 7,2 Mrd. Euro und knapp 150.000 Arbeitsplätzen zu den bedeutendsten Wirtschaftssektoren im Land gehört. Insbesondere für die ländlichen Räume trägt der Tourismus außerdem zur Erhaltung der Versorgungsstrukturen bei.

Wir wollen den Tourismus in Rheinland-Pfalz weiter nach vorne bringen. Deshalb arbeiten wir an der Tourismusstrategie 2025 und unterstützen das rheinland-pfälzische Gastgewerbe. Die Branche erhält gezielte Förderung bei der nachhaltigen Modernisierung und Digitalisierung zur Verbesserung ihrer Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit.

Für die Maßnahmen des Tourismus sind 2022 insgesamt rund 16,9 Mio. Euro aus Landes- und Drittmitteln vorgesehen. Das ist gegenüber 2021 ein Zuwachs um gut 3 Mio. Euro.

Zur Attraktivität unserer Städte und ländlichen Regionen gehört zentral das gute Wohnen. Bezahlbares Wohnen ist zugleich eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit und spielt daher im Haushalt 2022 eine bedeutende Rolle.

Im Rahmen unserer Wohnraumoffensive werden wir

die Soziale Wohnraumförderung mit Tatkraft fortführen. Dabei kommt dem ressourcenschonenden und klimagerechten Bauen und Sanieren eine wichtige Bedeutung zu.

Wir wollen hierzu neue Förderprogramme erarbeiten und die zusätzlichen Bundesmittel des Klimaschutz-Sofort-Programms 2022 für den energetisch hochwertigen Neubau oder die Modernisierung von sozial geförderten Wohnungen in Anspruch nehmen.

Ich begrüße die Aufstockung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau von insgesamt 1 Mrd. Euro auf 2 Mrd. Euro für das Programmjahr 2022 und hoffe, dass mit dem Bund zeitnah eine Einigung bei der Verwaltungsvereinbarung Sozialer Wohnungsbau 2022 erzielt wird; dies bedeutet für Rheinland-Pfalz bei einer Verteilung über den Königsteiner Schlüssel ein Plus von rund 48 Mio. Euro speziell für den Klimaschutz im geförderten Wohnungsbau.

Wir wollen das Volumen der Fördermittel insgesamt unter Einbeziehung des Kreditvolumens der Zinsverbilligungsprogramme und des Klimaschutz-Sofortprogramms des Bundes von bisher 375 Mio. Euro in 2021 auf nunmehr rund 513 Mio. Euro in 2022 erhöhen. Das ist sozial und ökologisch.

Alle diese Maßnahmen ergreifen wir, damit unsere Kommunen in Zukunft weiterhin attraktiv und lebenswert sind. Und deshalb setzen wir auch in diesem Haushalt einen wesentlichen Schwerpunkt auf

die Förderung der Kommunen.

Im nun auslaufenden Haushaltsjahr 2021 haben wir die Finanzausgleichsmasse bereits um 180 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das entsprach erneut einer hohen Steigerungsrate von 5,5 Prozent.

Selbst in dem außerordentlich schwierigen Jahr 2020 und auch in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres konnten die Kommunen in Rheinland-Pfalz erfreuliche Finanzierungssalden erzielen und daher verantwortungsvoll ihre Aufgaben wahrnehmen. Der Überschuss im Pandemie-Jahr 2020 betrug 203 Mio. Euro.

Im kommenden Haushaltsjahr wird die Finanzausgleichsmasse dank der Stabilisierungsrechnung des kommunalen Finanzausgleichs erneut ansteigen, und zwar um rund 34 Mio. Euro auf 3,49 Mrd. Euro. Den Löwenanteil des Aufwuchses werden wir als allgemeine Zuweisungen bereitstellen. 30 Prozent sind zweckgebundene Zuweisungen.

Neben der ansteigenden Finanzausgleichsmasse werden im Jahr 2022 auch die Zuweisungen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs steigen und zwar um 178 Mio. Euro auf über 3,5 Mrd. Euro. Insgesamt können damit Landeszuweisungen in Höhe von fast 7 Mrd. Euro an die Kommunen ausgezahlt werden.

Wie Ihnen bekannt ist, arbeitet die Landesregierung mit Hochdruck im Austausch mit den Kommunalen

Spitzenverbänden an einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs, die zum 1. Januar 2023 in Kraft tritt, wie es der Verfassungsgerichtshof in seinem Urteil vom 16. Dezember 2020 festgelegt hat. Dieses Gesetzgebungsverfahren wird uns im nächsten Jahr intensiv beschäftigen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein Wort zu den Liquiditätskrediten sagen. Die neue Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen, einen Beitrag zur Entlastung der Kommunen von Altschulden zu leisten. Dazu bedarf es einer gemeinsamen, einmaligen Kraftanstrengung des Bundes und der Länder, deren Kommunen von der Altschuldenproblematik betroffen sind. Die notwendigen Abstimmungen hierzu sollen unmittelbar im Jahr 2022 beginnen.

Der Koalitionsvertrag enthält eine weitere bedeutende Festlegung: Die bisherigen Entschuldungsbemühungen der betroffenen Länder sollen berücksichtigt werden. Und das ermöglichen uns in Rheinland-Pfalz, jetzt einen nächsten bedeutenden Schritt zu gehen. Wir sind bereit, landesseitig – jenseits eines Sockelbetrags – die Hälfte der kommunalen Liquiditätskredite zu übernehmen und damit die besonders betroffenen Kommunen zu entlasten.

Dafür gibt es unterschiedliche Wege. Der für die Kommunen beste und verlässlichste ist aus Sicht der Landesregierung eine verfassungsrechtliche Absi-

cherung der signifikanten Schuldübernahme. Hierzu wird die Landesregierung kurzfristig auf alle Fraktionen mit einem entsprechenden Vorschlag zukommen. Wir streben eine breite parlamentarische Unterstützung an. Wir können jetzt gemeinsamen Worten gemeinsame Taten folgen lassen.

Ich möchte mit einigen Bemerkungen zur Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2025 schließen und damit einen Blick auf die Entwicklung des Landeshaushalts in der mittleren Frist werfen.

Ausgangspunkt der mittelfristigen Planung ist der Regierungsentwurf für den Landeshaushalt 2022 sowie die gesamtwirtschaftliche Projektion, die die Bundesregierung zur Steuerschätzung im November vorgelegt hat. Wie sich zeigt, ist in der mittleren Frist mit einer weniger dynamisch verlaufenden Entwicklung der strukturellen Steuereinnahmen als in den Jahren vor der Krise zu rechnen.

In der Finanzplanung werden die heute erkennbaren ausgabenseitigen Belastungen für den Haushalt in den kommenden Jahren in den Blick genommen. Die Einhaltung der Vorgabe des strukturellen Haushaltsausgleichs macht haushaltspolitische Anpassungen in der mittleren Frist erforderlich. Die ermittelten vorläufigen Konsolidierungsbedarfe belaufen sich auf 40 Mio. Euro im Jahr 2024 und 120 Mio. Euro im Jahr 2025. Die Frage, wie die strukturellen Handlungsbedarfe aufgelöst werden, wird im Rahmen der Aufstel-

lung der jeweiligen Haushalte zu beantworten sein. Insofern liegen auch finanzpolitisch anspruchsvolle Jahre vor uns.

Die Zielsetzungen der Landesregierung, mit denen wir in der Regierungsvorlage zum Haushalt 2022 finanzielle Vorsorge treffen, erschöpfen sich nicht in den von mir genannten großen Themen. Unsere gute Politik für Rheinland-Pfalz verwirklicht sich auch in den vielen kleinen Themen, die für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort eine große Bedeutung haben.

Der Regierungsentwurf für den Landeshaushalt 2022 stellt für die Realisierung aller notwendigen Vorhaben eine seriöse und nachhaltige Finanzierung sicher.

Die Fortführung der soliden und verantwortungsvollen Haushaltspolitik schafft die Voraussetzung dafür, die Vorgaben der Schuldenbremse für den Landeshaushalt auch künftig einzuhalten und gleichzeitig die notwendigen Spielräume zu schaffen, um die bevorstehenden Herausforderungen zielgerichtet und im Sinne unserer Zukunft in Angriff nehmen zu können.

In den vergangenen 30 Jahren hat Rheinland-Pfalz große Fortschritte gemacht. Unser Land ist zu einem modernen, weltoffenen und auch wirtschaftlich erfolgreichen Bundesland geworden. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität werden hier gelebt.

Nun liegen weitere gewaltige gesellschaftliche und

wirtschaftliche Umbrüche vor uns. Die Landesregierung möchte – und hier darf ich mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, aus dem Koalitionsvertrag zitieren – „das Veränderungsjahrzehnt zukunftsfähig gestalten, um auch unseren nachkommenden Generationen ein lebens- und liebenswertes Rheinland-Pfalz zu hinterlassen“.

Dieser Haushalt für das Jahr 2022 stellt dafür die richtigen Weichen. Er ist die Grundlage für eine gute Politik für Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.